# Digitiale Demokratie.

Die Rolle des Internet in modernen Demokratietheorien mit Fokus auf das partizipatorische Modell und die unibrennt-Bewegung.

(Autorin: Lisa Fuchs, MSc)

1	Einleitung
2	Digitale Demokratie
3	Die kompetitive Demokratietheorie2
4	Die pluralistische Demokratietheorie4
5	Die partizipatorische Demokratietheorie5
6	Bibliographie 14

### 1 Einleitung

Die Informations- und Kommunikationstechniken weiten auch ihren Einfluss auf politische Information, politische Partizipation und politische Kommunikation immer mehr aus. Was dies für die Demokratie bedeutet, soll diese Arbeit zeigen. Die vorliegende Analyse orientiert sich dabei an drei verschiedenen Modellen der modernen Demokratietheorie, die den politischen Prozess jeweils unterschiedlich skizzieren, da die Normen, die AkteurInnen und deren Verhalten in jedem der Modelle unterschiedliche Ausgangssituationen für eine weiterführende Ableitung darstellen. Beleuchtet werden soll vor allem die Rolle der Kommunikation in den jeweiligen Modellen. Insbesondere der Stellenwert des Internet steht im Zentrum dieser Arbeit. Diskutiert werden die kompetitive, die pluralistische und die partizipatorische Demokratietheorie.

Letzteres Modell ist das jüngste der ausgewählten und entstand in einer Zeit, in der das Internet bereits zum Alltag der AutorInnen gehörte. Aufgrund dieser Besonderheit wir die vorliegende Arbeit an diesem Punkt um ein Praxisbeispiel erweitert, das überprüfen soll, wie das demokratische Potential im Falle der unibrennt-Bewegung rund um das Wiener Audimax im Herbst/Winter 2009 genutzt wurde. Die Parallelen zwischen Modell und Praxisbeispiel liegen hier vor allem in der basisdemokratischen Organisationsstruktur der Protestbewegung und der Kommunikationskultur der Bewegung. Denn so wie das partizipatorische Modell vorsieht, wurde auch im Audimax versucht, an jeder erdenklichen Schnittstelle einer Entscheidung die Möglichkeit zur Beteiligung zu gewährleisten.

# 2 Digitale Demokratie

Digitale Demokratie ist ein Konzept, das moderne, repräsentative Demokratien ergänzt und bereichert. Sie schafft politische Prozesse und Strukturen, die durch das Internet möglich und erwünscht geworden sind. Die digitale Demokratie soll also keinesfalls bestehende politische Systeme oder Strukturen aushebeln, sie hat aber sehr wohl Auswirkungen auf diese und die

politische Kultur (vgl. Meißelbach 2009, 75-77). "Digitale Demokratie bedeutet im Kern, politische "Signale" und Informationen auf neuen Kanälen zu senden." (Siedenschlag 2003, 13)

Digitale Demokratie unterscheidet sich von der elektronischen Demokratie und der Cyberdemokratie zum einen dadurch, dass der Begriff "digital" semantisch das Internet als zentrales Element sieht und sich somit auch von anderen Informations- und Kommunikationstechniken abgrenzt. Zum anderen versucht das Konzept der digitalen Demokratie sein Hauptaugenmerk darauf zu legen, welche kommunikativen Potentiale eine Demokratietheorie in sich trägt. Das Konzept ist theorieübergreifend und findet seine Bedeutung erst in der Kombination mit einer der Demokratietheorien (vgl. Meißelbach 2009, 75-77).

Der Forschungsstand im Bereich der Theorien rund um das Zusammenspiel von Internet und Demokratie hat im letzten Jahrzehnt gezeigt, dass den meisten Arbeiten eine optimistische Ausgangsposition zugrunde lag. Potentiale wurden häufig nur aus der Sicht einer günstigen, oft der partizipatorischen Demokratietheorie heraus betrachtet und interpretiert. Die Fronten zwischen den Netz-OptimistInnen und den Netz-PessimistInnen verhärteten sich dadurch. In der jüngsten Vergangenheit hat sich der Diskurs auf eine wertfreiere Ebene verlagert. Das Büro für Technikfolgenabschätzung am Deutschen Bundestag spricht 2006 vom "zweiten Blick auf die Rolle des Internets" (Meißelbach 2009, 75 nach Grunwald et al. 2006). Potentiale werden nun weitgehend differenziert analysiert und das Konzept der digitalen Demokratie setzt sich durch (vgl. Meißelbach 2009, 75-77).

Meißelbachs Aufarbeitung der digitalen Demokratie auf theoretischer Ebene mit einem Fokus auf die Offenlegung der kommunikativen Potentiale kann aufgrund seines mangelnden Praxisbezugs durchaus kritisiert werden. Nicht zuletzt da ein solcher zeigen hätte können, dass der Einfluss der Digitalisierung auf die Politik bereits Auswirkungen gezeigt hat und die digitale Demokratie im politischen Prozess, den Strukturen und Inhalten – zum Beispiel bei der Erschließung neuer Politikfelder wie jenem der digitalen BürgerInnenrechte – bereits Fuß gefasst hat (vgl. Bieber 2010).

# 3 Die kompetitive Demokratietheorie

Die Beschreibung der kompetitiven Demokratie, auch Konkurrenzdemokratie (vgl. Saage 2007), beruht in erster Linie auf Joseph Schumpeter (1950) und Anthony Downs (1968). Schumpeter beschreibt moderne repräsentative Demokratien als ein Wettbewerbssystem zwischen rationalen politischen Eliten. Das Schiedsgericht ist hierbei die Bevölkerung, die in regelmäßigen Wahlen letztendlich über die Machtverteilung urteilt. Die Gewählten und somit Legitimierten erhalten die Aufgabe, gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern – mithilfe politischer Prozesse und durch die Verwaltung.

Ein Merkmal der kompetitiven Demokratie, das besonders für die Frage nach den kommunikativen Potentialen wichtig erscheint, ist die große Distanz zwischen den BürgerInnen und deren RepräsentantInnen (vgl. Meißelbach 2009, 78-80). Damit einhergehend attestiert Schumpeter der Bevölkerung ein niedriges politisches Interesse, das von ihm allerdings als sinnvoll bewertet wird, da der/die BürgerIn zur Lösung von politischen Problemen nicht rational genug sei, um über diese entscheiden zu können. Schumpeter setzt in seiner Theorie daher auf Seiten der Regierenden auf die Qualität der politischen Führung und auf der Seite der Regierten auf das Einhalten der gemeinsamen Spielregeln. Damit Schumpeters kompetitives Modell funktioniert, müssen die WählerInnen dennoch ein hohes intellektuelles und moralisches Niveau mit sich bringen und das demokratische Regelwerk akzeptieren. Die politischen Führungseliten müssen hoch qualifiziert sein und die Bürokratie effizient. Downs sieht zwei weitere Probleme, die für das Funktionieren der kompetitiven Demokratie gelöst werden müssen.

Zum einen wird der Sinn der Wahl aus Sicht der WählerInnen in Relation zum eigenen Aufwand gesetzt. Der Ökonom Downs vergleicht das politische System mit jenem des Markts, auf dem die Parteien als Unternehmen zu sehen sind, die den KundInnen (WählerInnen) ihr Produkt (das politische Programm) verkaufen wollen und ihr Interesse in der Maximierung des Kapitals (der Stimmen und somit des Einflusses und der Macht) liegt. Ist der Preis ("Informationsbeschaffung, Meinungsbildung, zur Wahl gehen" (Meißelbach 2009, 79)), unverhältnismäßig hoch, so wird gar keine Kaufentscheidung getroffen. Analog bedeutet dies, dass der/die WählerIn der Wahl fern bleibt. Buchstein sieht 2005 damit Hand in Hand gehend eine sinkende Wahlbeteiligung.

Das zweite Problem liege darin, dass die politische Führung immer mehr auf die Emotionalisierung des Politischen setze. "Die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit von Politik, und damit ihre Effizienz, kann dadurch nachhaltig beeinträchtigt werden", so Meißelbach (2009, 79) im Bezug auf Buchstein.

Kritik an der Theorie Schumpeters wurde in mehreren Punkten geübt. Da Schumpeter die Demokratie als Methode oder Mittel aber nicht als Wert an sich definierte, seien beispielsweise Minderheiten nicht vor benachteiligenden Entscheidungen der Elite gefeit. So sei durch den demokratischen Prozess keine freie Diskussion und Assoziation gewährleistet, sie könnte im schlimmsten Fall sogar durch ein demokratisches Verfahren mit Verfolgung geahndet werden (vgl. Saage 2007, 257).

Auch Downs' Modell musste sich mit dekonstruktiver Argumentation konfrontiert sehen. So ergibt sich in seiner Logik folgendes Paradoxon: Wenn das kapitalistisch orientierte System seine ökonomischen Eliten reproduziert und somit lediglich jene BürgerInnen mit finanziell starkem Background durch ihre Wahl den eigenen Einfluss in der Politik gestärkt, also den Nutzen optimiert sehen, so scheint für die weniger kapitalstarken BürgerInnen der Nutzen ihres Urnengangs noch geringer. Da diese aber die Masse der BürgerInnen ausmachten, sei das System im Zusammenbruch begriffen. Als Replik auf diese Kritik räumt Downs später ein, dass sein "homo oeconomicus-politicus" nicht durchgehend die eigene Nutzenmaximierung im Zentrum des Interesses sehe, sondern durchaus durch ein soziales Verantwortungsgefühl motiviert sein könne. Der Begriff des Nutzens wird somit um einen ideellen, nicht messbaren Faktor erweitert (vgl. Saage 2007, 258).

# 3.1 Kommunikation im kompetitiven Modell

Im Mittelpunkt des kompetitiven Demokratiemodells steht aus kommunikativer Sicht die Entscheidung zwischen den wahlwerbenden Gruppen, also die Wahl und vor allem der Wahlkampf und die Kampagnen davor. Die Parteien, die sich im Zentrum sehen, treten in einer One-to-many-Kommunikation an die WählerInnen (Peripherie) heran – meist mithilfe der Massenmedien. Mittlerweile kann hier in einigen Formen auch das Internet miteinberechnet werden. Van Dijk beschreibt 2000 in diesem Zusammenhang die immer größer werdende Bedeutung von zielgruppenspezifischen Kampagnenmethoden, um weg vom Gießkannen-Prinzip hin zu einer klientelorientierten Walkampfstrategie die entsprechenden WählerInnengruppen mit den Botschaften der Parteien zu erreichen. Besonders der Online-Wahlkampf kann sich hier ob der großen Menge an Information, die die RezipientInnen erreichen, als große Herausforderung darstellen (vgl. Meißelbach 2009, 80-82).

Meißelbach glaubt nicht daran, dass die Wahlinformationen, die dem/der WählerIn via Internet zur Verfügung stehen, ein attraktiveres Angebot darstellen, als es die klassischen Massenmedien bieten. Er spricht zwar von einem grundsätzlich leichteren Zugang zu Information und auch die Tatsache, dass das Web den UserInnen die Möglichkeit gibt, im Anschluss an eine allokutive Kampagne mehr Details im Internet zu erfahren, unterstreicht er. Dennoch müsse sich der/die WählerIn selber aktiv auf die Suche nach der Information machen. Jene allerdings, die sich für Newsletterdienste der Parteien eintragen oder in sozialen Medien wie Facebook die Information via Fanpage-Like quasi abonnieren, würden laut Meißelbach regelmäßige und preiswerte Up-dates sowie Hintergrundinformationen erhalten. Ob diese tatsächlich differenziert ausfallen, wie

Meißenbach schreibt, darf bezweifelt werden, zumal das Interesse der jeweiligen wahlwerbenden Gruppe darin liegt, die eigene Partei als beste Wahlalternative darzustellen. Auch ob der Einsatz sozialer Medien mit den Gegebenheiten der kompetitiven Demokratietheorie überhaupt vereinbar ist, kann infrage gestellt werden, zumal Schumpeter von einem Zentrum-Peripherie-Modell ausgeht, bei dem die Partei im Zentrum steht und das wichtigste Informationsflussmuster die Allokution darstellt. Ein Web 2.0-Tool wie Facebook allerdings, sieht den/die UserIn im Mittelpunkt und lebt davon, eben nicht von einer One-to-many-Kommunikation dominiert zu werden.

## 3.2 Digitale Demokratie im kompetitiven Modell

Meißelbach visualisiert die digitale Demokratie im kompetitiven Modell tabellarisch anhand der eingesetzten *Mittel*, deren *Zweck*, der Rolle der *beteiligten AkteurInnen* und dem jeweils dahinter stehenden *Informationsflussmuster* (Meißelbach 2009, 82, Tabelle 7.1).

Wahlkampagnen werden von in Konkurrenz zueinander stehenden Parteien und KandidatInnen für BürgerInnen organisiert. Infokampagnen für BürgerInnen mit dem Hintergrund der Stabilität und Transparenz werden von Regierung und Verwaltung ausgerichtet. Beide Kampagnenarten tragen das Informationsflussmuster der Allokution in sich.

Das Muster, das hinter öffentlichen Informationsdiestleistungn steht ist die Konsultation mit dem Zweck der Transparenz. BürgerInnen interagieren hier wechselseitig mit der Regierung beziehungsweise mit den Parteien und KandidatInnen.

Das Mittel der Verwaltung wird mit dem Zweck der Effizienzsteigerung und Rationalisierung beschrieben, während den Wahlen die Idee der Repräsentation, Partizipation und Effizienz zugrunde liegt. Die beteiligten AkteurInnen sind sowohl bei Wahlen als auch in der Verwaltung die Regierung, die Verwaltung selbst und natürlich die BürgerInnen. Das beschrieben Informationsflussmuster ist die Registration.

# 4 Die pluralistische Demokratietheorie

Das Modell der pluralistischen Demokratie (Fraenkel 1968) geht davon aus, dass die unterschiedlichen Interessen einer Gesellschaft in einem regulativen Prozess das Gemeinwohl formen. Die AkteurInnen in diesem Modell sind neben den Parteien vor allem die Interessenverbände und die Massenmedien. Während im kompetitiven Modell der Wahlsieg einer Fraktion im Vordergrund steht, geht es in der pluralistischen Demokratietheorie um das Durchsetzen einer Idee. Die BürgerInnen nehmen in diesem Modell eine aktive Rolle ein, die über den Wahlakt hinausgeht: Sie beteiligen sich intensiv am Meinungs- und Willensbildungsprozess. Um die Stabilität des Systems zu garantieren, existiert ein staatliches Regelwerk, über das gesellschaftlicher Konsens herrscht. Für die Ausgewogenheit des Ideenwettstreits zwischen den VertreterInnen der einzelnen Partikularinteressen hat ebenfalls der Staat mithilfe entsprechender Maßnahmen zu sorgen (vgl. Meißelbach 2009, 82-84).

Meißelbach spricht 2009 von drei Voraussetzungen, die für den Erfolg des pluralistischen Modells gegeben sein müssen: Das Vertrauen in den Staat im Bezug auf das Regelsystem, das Bedürfnis der BürgerInnen, ihre Interessen (in einem fairen Wettstreit) zu artikulieren und durchzusetzen und nicht zuletzt die Offenheit und Selbstregulierungsfähigkeit des Systems.

Aufgrund der zentralen Rolle der Interessenverbände im vorliegenden Modell, bedürfen diese einer Definition: Nach Sahner (1993, 26) ist ein Interessenverband ein Zusammenschluss von natürlichen oder juristischen Personen, der freiwillig oder durch Zwang erfolgte. Der Interessenverband verwirklicht die Interessen der Mitglieder oder versucht auf Gemeinschaftsentscheidungen einzuwirken oder an diesen mitzuwirken. Diese Definition erlaubt die Inkludierung von Vereinen und Verbänden und exkludiert BürgerInneninitiativen aufgrund ihrer mangelnden Verfasstheit und Parteien aufgrund ihres Strebens nach politischer Machtübernahme.

## 4.1 Kommunikation im pluralistischen Modell

Die Struktur der AkteurInnen in einem Demokratiemodell pluralistischen Charakters stellt die Interessengruppen und die Massenmedien in das Zentrum des Geschehens. Die Gesellschaft selbst weist eine Netzwerkstruktur auf, in der jedes Subzentrum für die Artikulation seiner Interessen verantwortlich ist. Aufgrund der Ähnlichkeit zur Struktur des Internets erweisen sich dieses und die pluralistische Modell-Gesellschaft als scheinbar günstige Partner. "Die kommunikative Entgrenzung und das Web 2.0-Postulat stellen das Netzwerkmedium als kraftvolles Werkzeug auch derer dar, die geographisch verstreut oder in irgendeiner anderen Weise an der Formierung "klassischer" Interessengruppen gehindert sind." (Meißelbach 2009, 84) Nur durch ein Medium wie das Internet, das breitgefächerte Kommunikationskanäle bietet, kann eine vielschichtige Gesellschaft ihre Repräsentation finden (vgl Meißelbach 2009, 84; nach Van Dijk 2000).

Das Internet kann im pluralistischen Modell massiv zur Effizienzsteigerung beitragen, sofern Websites interaktiv gestaltet sind und über die allokutive Verbreitung von Content hinausgehen und zum Beispiel von den InteressentInnen auch konsultativ genutzt werden.

Die Kommunikation im pluralistischen Modell – typischer Weise many-to-many – erfolgt nicht nur zwischen den einzelnen Interessengruppen und mit den anderen AkteurInnen, sondern vor allem auch innerhalb der Organisationen. Mithilfe hierarchieflacher Kommunikationstools schafft die Technik die Voraussetzung für eine faire Kommunikationskultur (vgl. Meißelbach 2009, 85).

### 4.2 Digitale Demokratie im pluralistischen Modell

Der Meinungsbildungsprozess erfolgt in der pluralistischen Demokratie im Idealfall dezentral. Das Internet bietet hierfür eine Vielzahl an Tools wie Diskussionsforen, soziale Netzwerke oder Blogs und Microblogs. Durch die Offenheit der Medien, im Speziellen der neuen Medien, scheinen dem Diskurs keine Grenzen gesetzt zu sein (vgl. Meißelbach 2009, 85-86).

Meißelbach beschreibt die digitale Demokratie auch im pluralistischen Modell anhand von Mittel, Zweck, AkteurInnen und Informationsflussmuster wie folgt (Meißelbach 2009, 85, Tabelle 7.2).

Öffentliche Diskussionen und Versammlungen dienen der Willensbildung und Interessenaggregation der KollektivakteurInnen (Parteien, Interessengruppen, Medien), aber auch der BürgerInnen. Das Informationsflussmuster ist die Konversation.

Öffentliche Informationsdienstleistungen dienen ebenfalls der (internen und externen) Willensbildung. Die Konsultation findet sowohl zwischen KollektivakteurInnen und BürgerInnen, als auch zwischen KollektivakteurInnen und Mitgliedern statt.

Um die *innere Organisation der KollektivakteurInnen* zu gewährleisten, werden die Mittel der *Mitgliederverwaltung* sowie *Abstimmungen* und *Wahlen des Führungspersonals* verwendet. Das Informationsflussmuster ist die *Registration*.

Allokutive Informationskampagnen der Regierung und der Verwaltung an die BürgerInnen dienen der Stabilität.

Meißelbach (2009, 86) hebt besonders die potentiell flache Hierarchie des Internets im pluralistischen Modell hervor und attestiert dem Medium durch seine Dezentralität im Meinungsbildungsprozess eine demokratieförderliche Wirkung. Jede Interessengruppe hat auf theoretischer Ebene mit dem Internet die gleichen technischen Voraussetzungen zur Verfügung und kann somit in einen fairen Wettstreit der Ideen mit der Konkurrenz treten.

# 5 Die partizipatorische Demokratietheorie

Das Modell der partizipatorischen Demokratietheorie ist das jüngste der drei in der Arbeit beschriebenen. Als einziges bezieht es in seine Struktur die Existenz und Wirkung des Internet bereits mit ein. Aus diesem Grund wird der partizipatorischen Theorie oft schon im Vorhinein ein hohes demokratisches Potential attestiert. Denn die technischen Voraussetzungen sind gegeben, um theoretisch das Raum-Zeit-Dilemma der Partizipation in großen Systemen aushebeln zu können und eine "virtuelle Agora" (Meißelbach 2009, 86) zu schaffen (vgl. ebd.; nach Zittel 2003).

Das zentrale Element in dieser Demokratietheorie ist, wie die Etymologie vermuten lässt, die Partizipation, also die freiwilligen Aktivitäten der BürgerInnen, um auf politische Entscheidungen einzuwirken. (Meißelbach 2009, 86; nach Schreyer/Schwarzmeier 2000) Die BürgerInnen spielen als Mitglieder des Gemeinwesens eine zentrale Rolle.

Schmidt beschreibt 2000 im Kontext des partizipatorischen Theoriemodells Demokratie als gesamtgesellschaftliches Phänomen (Meißelbach 2009, 87), bei dem die BürgerInnen eine starke Identifizierung mit der Staatsform entwickeln. Die Beteiligung der BürgerInnen müsse auf allen Ebenen verstärkt werden und solle über die Teilnahme an Wahlen und auch über die Partizipation am Willensbildungsprozess hinausgehen. Um dies zu erreichen, müsse auf dem Weg des politischen Prozesses an jeder möglichen Weggabelung eine Maßnahme der BürgerInnenbeteiligung geschaffen werden.

Was den Unterschied einer partizipatorischen Demokratie zu partizipativen Elementen in einer Demokratie ausmacht, bringt Waschkuhn 1998 auf den Punkt: der erzieherische Faktor als systemimmanenter, obligatorischer Teil des Modells. BürgerInnen müssten zur Verantwortung gegenüber dem Staat ausgebildet werden (Meißelbach 2009, 87). Durch den Einsatz direktdemokratischer Elemente und die Möglichkeit der BürgerInnen über Sachfragen zu entscheiden, entwickelt sich die moderne Demokratie zu einem System, in dem Politik von BürgerInnen für BürgerInnen gemacht wird. Fuchs schlägt 2004 sogar die Umsetzung von Volksbegehren, Volksentscheiden und Volksinitiativen via E-Voting vor (Meißelbach 2009, 87). Online-Sofortabstimmungen über abgegrenzte Themengebiete seien zudem förderlich für den öffentlichen Diskurs und würden einen politischen Wegweiser darstellen (Van Dijk 2000; in Meißelbach 2009, 87).

Dabei lehnt Zittel 2003 die Repräsentation als Methode nicht ab. Vielmehr sieht er legitimierte RepräsentantInnen als BotschafterInnen der BürgerInnen oder als Sprachrohr, beziehungsweise als weisungsgebundene Delegierte agieren, die den Willen der WählerInnen in den Organen vertreten. Die Wahl der RepräsentantInnen ist dabei nur der erste Schritt. In regelmäßiger Rückkopplung muss das Interesse der zu vertretenden BürgerInnen eruiert werden (Meißelbach 2009, 87).

# 5.1 Kommunikation im partizipatorischen Modell

Vor allem der Kommunikation zwischen den BürgerInnen und den RepräsentantInnen wird im partizipatorischen Modell ein hoher Stellenwert eingeräumt. Das Internet bietet eine Reihe sehr einfacher und kostengünstiger Methoden, vorausgesetzt die Infrastruktur ist auf beiden Seiten vorhanden. Ein hohes Maß an Transparenz von Seiten der RepräsentantInnen ist erforderlich, damit die BürgerInnen einen Willensbildungsprozess durchlaufen können. Dabei ist es relevant, dass die One-to-many-Kommunikation einen konsultativen Charakter hat und die verwendeten Informations- und Kommunikationstechnologien mit Feedback-Möglichkeiten ausgestattet sind. Vor allem vernetzte Systeme wie Social Networks oder interaktive Blogs eignen sich hierfür gut. Der Willenbildungsprozess geschieht aber nicht nur im Dialog eines/einer RepräsentantIn mit den Menschen, die er/sie vertritt, sondern vor allem auch zwischen den BürgerInnen (vgl. Meißelbach 2009, 87-88).

# 5.2 Digitale Demokratie im partizipatorischen Modell

Die Rolle der BürgerInnen wird von der partizipatorischen Demokratietheorie als wichtiger eingestuft als es im kompetitiven oder im pluralistischen Modell der Fall war. Meißelbach skizziert die digitale Demokratie erneut anhand von Mittel, Zweck, AkteurInnen und Informationsflussmuster (Meißelbach 2009, 90, Tabelle 7.3).

Konversation findet in öffentlichen Diskussionen und Versammlungen sowohl zwischen den BürgerInnen untereinander, als auch zwischen BürgerInnen und RepräsentantInnen statt. Der Zweck ist die Partizipation und die Responsivität.

Öffentliche Informationsleistungen konsultativen Charakters dienen der Information, aber auch der Responsivität und der Partizipation. Regierung und Verwaltung kommunizieren mit den BürgerInnen, ebenso wie die RepräsentantInnen.

Die Registration der Meinungen basiert auf einer Interaktion zwischen Regierung und Verwaltung mit den BürgerInnen. Wahlen haben hierbei den Zweck der Repräsentation und Partizipation, Abstimmungen dienen der Entscheidung sowie Partizipation und Umfragen werden mit den Hintergrund der Responsivität und Mobilisierung gemacht.

Mit allokutiven Informationskampagnen wollen Regierung und Verwaltung die BürgerInnen informieren und mobilisieren.

Beim Vergleich der drei Demokratiemodelle und ihrer kommunikativen Potentiale, fällt eine Weiterentwicklung vom kompetitiven Modell über das pluralistische hin zum partizipatorischen Modell auf. Jedes Modell baut auf die Kommunikationsstrategien des vorhergehenden auf und bereichert dieses um neue Möglichkeiten. Durch die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien entstehen somit auch neue Chancen zur Implementierung partizipativer Elemente in das politische System.

### 5.3 Partizipatorische Demokratie am Beispiel unibrennt

Kommunikations- oder politikwissenschaftliche Modelle beschreiben immer einen Optimalzustand des entwickelten Systems. In der Realität sind diese nicht eins zu eins umsetzbar. Aber sie dienen unter anderem der Analyse realpolitischer Vorgänge. So soll im folgenden ein Beispiel beschrieben werden, das sich in einer Reihe von Punkten dem Modell der partizipatorischen Demokratietheorie annähert: die unibrennt-Bewegung, die ihren Ausgangspunkt im Herbst 2009 in Wien hatte. Zu Beginn wird die politische und kommunikative Situation sowie die Struktur der Bewegung beschrieben. Die Bearbeitung soll keine Dokumentation der Geschehnisse oder Meinungen innerhalb der unibrennt-Bewegung darstellen, sondern sich auf strukturelle Parallelen zwischen dem partizipatorischen Modell und dem System der Protestbewegung konzentrieren. Ein Hauptaugenmerk wird auf den Einsatz des Internets gelegt. Untersucht wird der Besetzungszeitraum von 20. Oktober bis 31. Dezember 2009. Der Fokus liegt auf der Universitätsstadt Wien, wenngleich die Tatsache der Internationalität der Proteste einen wichtigen Aspekt für die Analyse der Verbreitung durch das Web darstellt.

### 5.3.1 Die Entstehung der unibrennt-Bewegung

Als Beginn der Studierenden-Proteste gilt der 20. Oktober 2009. An diesem Tag besetzten Studierende und Lehrende aus Protest gegen die Implementierung des Bologna-Prozesses die Aula der Akademie der Bildenden Künste in Wien. Am Tag darauf fand im Sigmund-Freud-Park, nahe dem Hauptgebäude der Universität Wien eine Demonstration mehrerer hundert Studierender statt, die unter dem Motto "Uni brennt!" stand. Aus der Demonstration resultierte die Besetzung des größten Hörsaals der Universität Wien, des Auditorium Maximum, kurz Audimax. In den darauf folgenden Tagen organisierten die BesetzerInnen die Infrastruktur in den umliegenden Räumlichkeiten des Audimax und es fanden auch Protest-Aktionen an weiteren österreichischen Universitäten statt. Vorläufiger Höhepunkt der Protestbewegung war die Demonstration am 28. Oktober unter dem Motto "Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne". Ab dem 4. November bekam die Protestbewegung internationalen Charakter: Die deutschen Universitäten in Heidelberg und Münster solidarisierten sich und besetzten ebenfalls Universitätsräumlichkeiten. Am 5. November fand ein bundesweiter Aktionstag statt, an dem sich erstmals auch SchülerInnen an den Protesten beteiligten und die Debatte rund um die Universitäten zu einer allgemeinen Bildungsdebatte in Österreich machten. Am 17. November, dem "WeltstudentInnentag", wurden in ganz Europa Protestaktionen unter dem Motto "Education is Not for Sale" organisiert. Ab Mitte November fanden die ersten Gespräche zwischen Studierenden und Universitätsverantwortlichen

statt, kurz darauf startete der damalige Wissenschaftsminister Johannes Hahn das Projekt "Dialog Hochschulpartnerschaft", das nur wenig später das von StudierendenvertreterInnen initiierte Schattenprojekt "Echter Bildungsdialog" auslöste. Ende November wurde beim "International Plenum for Better Education" an der Ludwig-Maximilians-Universität in München festgestellt, dass sich weltweit bereits über 80 Universitäten an der Protestbewegung beteiligten. Am 11. November zeigten sich erste realpolitische Erfolge der Bewegung: Die besetzten Hörsäle an der Universität Salzburg wurden nach Gesprächen mit dem Rektorat und der Erfüllung wesentlicher Forderungspunkte wieder für Lehrveranstaltungen freigegeben. Es folgten Verhandlungserfolge in Graz und Innsbruck. Am 21. Dezember 2009 endete nach 61 Tagen die Besetzung des Audimax an der Universität Wien mit einer widerstandslosen polizeilichen Räumung, wenngleich die Protestaktionen und die Besetzung weiterer Hörsäle aufrecht blieb (vgl. Heissenberger et al. 2010).

#### 5.3.2 Organisationsstruktur der unibrennt-Bewegung

Die Struktur der Audimax-Besetzung an der Universität Wien wurde nicht nur intern und extern viel diskutiert. Sie unterlag auch einem ständigen Wandel und korrelierte nicht zuletzt stark mit der Kommunikationsweise der Bewegung. Herzstück der Besetzung war ohne Zweifel das Plenum. Täglich standen Berichte, Diskussionen und Entscheidungen auf dem Programm. Das Plenum stand allen Menschen offen, die sich im größten Hörsaal der Uni Wien einfanden, sie alle waren rede- und stimmberechtigt. Als eine der wenigen Regeln des Zusammenlebens wurde festgelegt, dass alle Beteiligten als Einzelpersonen wirken mussten und nicht als VertreterInnen ihrer Organisation auftreten durften. Zudem stand der "antirassistische, antidiskriminierende und antisexistische Grundkonsens" (Maier/Arnim-Ellissen 2010, 195) außer Frage. Eingrenzbare Aufgabengebiete wurden in Arbeitsgruppen (AGs), wie zum Beispiel die Presse AG, die Volxküche oder die AG Programm ausgelagert. Die Plenumsvorbereitung wurde von VertreterInnen der Arbeitsgruppen übernommen. Sowohl in den AGs, als auch im Plenum herrschte ein striktes Hierarchieverbot. Niemand durfte die Gruppen offiziell leiten, auch die Moderation des Plenums wechselte je nachdem, wer sich für diese Aufgabe meldete. Der Presse AG kommt vor allem im Hinblick auf die kommunikativen Besonderheiten der unibrennt-Bewegung eine wichtige Rolle zu, denn die Aufgaben dieser Arbeitsgruppe waren es, JournalistInnen zu betreuen, die Website zu befüllen, E-Mails zu beantworten, beziehungsweise an die zuständigen Arbeitsgruppen weiter zu leiten, die Accounts von Facebook und Twitter zu betreuen und vieles mehr (vgl. Maier/Arnim-Ellissen 2010).

#### 5.3.3 unibrennt online

Viele Begriffe bezeichnen die Bewegung rund um die Studierendenprotest im Herbst und Winter 2009/2010. In der vorliegenden Arbeit werden die Begriffe Audimaxismus, unibrennt, Unsere Uni, und viele andere synonym verwendet und nicht wertend behandelt. Anzuführen ist jedoch, dass diese drei Begriffe von der Bewegung selbst kreiert wurden. Unsere Uni, abgeleitet von den Demonstrationsrufen: "Wessen Uni? – Unsere Uni." lautete auch der Name der Domain zu Beginn der Proteste. Die Seite http://unsereuni.at wurde am 25. Oktober eingerichtet und später nach Plenumsbeschluss um die Domain http://unibrennt.at ergänzt und fortan verstärkt kommuniziert. Der Name sei zu wenig kämpferisch, hieß es von Seiten der BesetzerInnen. Fortan wurde in erster Linie der Name unibrennt kommuniziert. Der Hashtag #unibrennt hat sich auch auf Twitter schlussendlich durchgesetzt (Herwig et al. 2010, 216).

Der Begriff Audimaxismus, der von Außenstehenden gerne verwendet wurde, fand seinen Ursprung ebenfalls in den besetzten Räumlichkeiten. In Anspielung auf das Wort Marxismus und den Suffix –mus, der für Ideologien und Gedankenschulen steht, klebten die Studierenden das Wort in ausgedruckten schwarzen Einzellettern auf weißen DIN A4 Blättern an die Innenwand des Audimax.

Nur wenige Monate nach der Besetzung nutzten einige der Studierenden die Gelegenheit der umfassenden Dokumentation der Proteste, um in einer Publikation (Heissenberger et al. 2010) ihre Analysen festzuhalten. Das Werk beinhaltet einen Beitrag, der sich ausschließlich mit der Rolle des

Internets innerhalb der Protestbewegung beschäftigt (Herwig et al. 2010, 210-221). Die AutorInnen beziehen sich dabei auf Nicola Dörings (2003) Grundthese, dass das Internet "(...) das Potential der Entfaltung für unterprivilegierte Personen und Gruppen verbessert hat." (Herwig et al. 2010, 210) Nach Julian Rappaport (1984) – so argumentieren die AutorInnen – liege der Schlüssel zur Überwindung der Ohnmacht der Unterprivilegierten im sogenannten Empowerment, das eine Entwicklung darstellt, die zum Ergebnis hat, dass sich eine Person oder eine Gruppe ermächtigt fühlt, die eigene Lebensrealität selbst mitbestimmen und gestalten zu können. Die AutorInnen beschreiben die Audimaxproteste als möglichen Versuch eines Empowerments zum "(...) (Wieder-)Erlangen von Kontrolle (...)" der Studierenden in der Universitätspolitik. Ein Gedanke, der auch der Grundidee der partizipatorischen Demokratietheorie ähnelt.

Die jüngere Geschichte der Universitätspolitik zog eine Reihe von (realpolitisch erfolglosen) Protesten mit sich. 2001 wurden die Studiengebühren von der schwarz-blauen Bundesregierung eingeführt. Durch die Novellierung des Universitätsgesetzes 2002 mussten die StudierendenvertreterInnen eine Reihe von Mitbestimmungsmöglichkeiten einbüßen. 2004 führte die Änderung des Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetzes unter anderem zur Eliminierung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung. Und nicht zuletzt löste die Verkündung des Verhandlungsergebnisses der großen Koalition unter Alfred Gusenbauer im Jahr 2007 eine Welle an Protesten aus, da die SPÖ ihr Wahlversprechen, die Studiengebühren abzuschaffen, nicht einhielt. In keinem der Fälle war es den Protestierenden gelungen, ihre Forderungen umzusetzen, vielleicht mitunter ein Grund für die nun so vehementen Ermächtigungsbestrebungen der Studierenden im Audimax.

"Aktivierung, Engagement und Entwicklung von Strategien zum (Wieder-)Erlangen von Kontrolle können besonders gut in der Interaktion mit anderen und durch die Unterstützung einer Gruppe mit ähnlichen Interessen entstehen." (Herwig et al. 2010, 211) Die AutorInnen führen die Ausweitung der Proteste an Universitäten außerhalb Wiens und später Österreichs vor allem auf diesen Gedanken zurück. Denn mithilfe des Webs konnten sich Personen mit ähnlichen Ansichten schneller und einfacher zusammenfinden.

Stark verweigern sich die AutorInnen, die selbst aktiv an den Protesten teilgenommen hatten, gegen den Ruf, die Proteste seien ausschließlich eine "Facebook-Revolte" gewesen. Sie wollen weder den Vergleich zur Protestbewegung im Iran nach den Wahlen 2009 zulassen, in der Twitter eine besondere Rolle spielte, noch jenen zu den 68ern. Letzteren Vergleich zog unter anderem Michael Fleischhacker, Chefredakteur der Presse am 24. Oktober 2009 in seinem Leitartikel. Allerdings verniedlichte der Chefredakteur auf satirische Weise die Aktivitäten im Audimax, die "(...) man als Internutzer im Echtzeit verfolgen konnte (..)".

Warum die Audimaxbewegung so intensiv mit Web-Tools arbeitete, erklären die AutorInnen einerseits mit der hohen Verbreitung von sozialen Medien unter den Studierenden und der Web-Affinität im Allgemeinen, aber auch zum Teil aus einer bewussten Entscheidung heraus. Im Namen der Transparenz – zum Bespiel durch die Einführung und Beibehaltung des Livecastings, das von der Bewegung Livestream genannt wurde, sei ungefiltert berichtet worden. Die Folge war ein wenig inszeniertes Bild der Besetzung, zu vergleichen mit einer Reality-Show, mit dem Unterschied, dass kein Fernsehstudio anhand eines Drehbuchs das Bild- und Tonmaterial auf die bestwirkenden Szenen zusammengeschnitten hatte. Die Menschen, die die Plena im Audimax via Livecasting verfolgten, konnten sich ihre Meinung selbst bilden, ohne dabei nur Informationen zu erhalten, die zuvor von Presseagenturen, RedakteurInnen oder kommerziellen MedienpartnerInnen beeinflusst wurden. Dennoch blieb die Rolle der "Fremdmedien" eine zentrale. Denn niemand, der/die sich ein Bild von den Geschehnissen im Audimax machen wollte, hatte 24 Stunden am Tag Zeit, das Livecasting zu verfolgen und das über mehrere Wochen. Die Zusammenfassungen, ergänzenden Kommentare und Übersichten in der Entwicklung wurden zu einem großen Teil von klassischen Medien und BloggerInnen übernommen.

Der Rolle des Livecastings, also der kontinuierlichen audiovisuellen Übertragung der Ereignisse aus dem Wiener Audimax auf die Computerbildschirme der Menschen via Internet, war eine

zentrale für die Protestbewegung. Zwar hätte durch die umfangreiche Berichterstattung über verschiedene Kanäle von verschiedenen Menschen in ihrer Gesamtheit ein treffenderes Bild der Proteste gezeichnet werden können, Momentaufnahmen trübten jedoch oft das Bild der Proteste, zumal sich keine unerwünschten Szenen verbergen ließen. Die AutorInnen sprechen in ihrem Beitrag davon, dass die 68er bestimmt auch abends gefeiert hätten, davon gebe es lediglich keine so intensive Dokumentation wie es im Fall der Audimax-Besetzung passiert sei.

Es sei intern oft diskutiert worden, ob das Web den Protesten schaden oder sie unterstützen würde. Denn die zahlreichen Möglichkeiten der Mobilisierung via Internet, vor allem über Facebook und Twitter waren zwar außer Frage gestellt, die Angst vor Slacktivism war jedoch groß. Denn wer auch von zuhause aus per Mausklick seine Solidarität bekunden kann, indem er/sie auf Facebook die Seite "Audimax Besetzung in der Uni Wien – Die Uni brennt!" liket, wird vielleicht nicht im Audimax persönlich erscheinen, denn die Informationen und sogar die Mitbestimmungsmöglichkeiten waren online vorhanden. Die AutorInnen verneinen aber letztlich die Frage, ob das Web der Besetzung geschadet hätte und begründen ihren Entschluss mit Hamm, die 2006 anhand der britischen NoBorders-Bewegung feststellt, dass "(...) Mediennutzung und mediale Selbst-Repräsentation zu integralen Teilen des lokal gebundenen Straßenprotests (geworden seien)." (Herwig et al. 2010, 213)

Auch in punkto Mobilisierung kam die Protestbewegung zu dem Schluss, dass das Web die Möglichkeiten um bisher nicht bekannte Dimensionen erweiterte. Mit weniger Aufwand war es leichter als früher möglich, mehr Menschen zu erreichen. Quantitativ stellt das Web also in jedem Fall eine Verbesserung dar. Denn wie Abbildung 3 zeigt, verfügten im Jahr 2009 bereits 75 Prozent der österreichischen Haushalte über Internet-Zugang. "Die 14 bis 29-jährige Bevölkerung ist mit einer Penetrationsrate von 97 % praktisch zur Gänze online."

Abb. 3: Austrian Internet Monitor: Ausstattung der österreichischen Haushalte

Austrian Internet Monitor		Österreicher/innen ab 14 Jahren														
		1997	1998	1999 ¹	2000 1	2001	2002	2003 1	2004 1	2005 1	2006 1	2007 1	2008 1	2009	Q1/10	
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	Tsd.
PC gesamt	36	38	42	49	56	61	63	68	71	73	74	75	78	80	82	5.780
Desktop	-	-	-	-	-	56	59	63	64	65	60	60	61	60	59	4.160
Laptop/Netbook***	-	-	-	-	-	10	12	17	22	25	38	41	52	59	61	4.300
Internet-Zugang	4	5	9	16	33	42	47	51	55	58	60	65	70	75	77	5.400
DVD-Player bzwRecorder*	-	-	-	-	-	-	19	-	51	61	69	73	72	73	75	5.290
Digitalkamera	-	-	-	-	-	-	18	-	48	55	59	64	66	69	71	5.010
Drucker	24	28	38	44	52	56	60	63	64	65	67	67	68	69	69	4.870
Datastick	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35	42	60	65	67	4.720
CD-/DVD-Brenner**	-	-	-	-	-	20	29	39	46	50	53	54	55	57	56	3.950
Scanner	-	-	-	-	-	29	32	36	40	42	43	46	46	50	51	3.600
MP3-Player (eigenst. Gerät)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	38	46	46	49	49	3.460
Headset	-	-	-	-	-	-	13	18	21	24	28	31	34	38	37	2.610
Spielkonsole	-	-	-	-	-	-	-	-	27	28	26	30	33	34	36	2.540
WebCam	-	-	-	-	-	6	7	11	12	14	15	18	25	30	32	2.260
TV-Karte	-	-	-	-	-	1	7	13	14	16	15	14	15	17	16	1.230

(Quelle: ORF Medienforschung, 2010)

\_

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> ORF Medienforschung: Austrian Internet Monitor (AIM) – 1. Quartal 2010. http://mediaresearch.orf.at/index2.htm?internet/internet aim.htm, 28.02.2011.

Herwig et al. (2010, 214) beschreibt nach Stürmer und Simon (2009) die vier Schritte des Aktiv-Werdens in einem Protest. Grundlage und somit Schritt eins ist die "Sympathie für die Anliegen des Protests", gefolgt von Schritt zwei: Die Person muss "(..) von den mobilisierenden Aufforderungen erreicht werden (..)". An dritter Stelle steht die Motivation mitzumachen, die entwickelt werden muss. Am Ende dieser Theorie ist der vierte und letzte Schritt die Beseitigung der Schwierigkeiten, die eine Person an der Teilnahme hindern können. Der beschriebene Weg zum Protest berücksichtigt zwei zentrale Mittel der Aktivierung nicht, die den Wiener Audimax-BesetzerInnen durchaus zu einer ausgeprägten Beteiligung verholfen haben: Zum einen muss die Protestbewegung Aktivitätsmöglichkeiten offerieren und im weiteren Schritt Freiraum für die Eigenkreation von Aktivitätsmöglichkeiten schaffen.

Die BesetzerInnen haben von Anfang an viel dokumentiert. Ihr Wissen haben sie über ein eigens eingerichtetes Unibrennt-Wiki dokumentiert und geclustert. Das Funktionieren des Wikis liege nicht allein an der Tatsache, dass viele Menschen Inhalte lieferten, sondern vor allem auch daran, dass viele Menschen regelmäßig und schnell kontrollierten und korrigierten.

Eine weitere Form des Clusterings stellt der Hashtag auf Twitter dar. Diese Funktion wird durch die Kombination des Zeichens # (Raute) und einem Schlagwort ausgelöst und fasst an einer Stelle alle Tweets zusammen, die mit diesem Schlagwort versehen sind. Die meistgenutzten Hashtags der AudimaxistInnen waren #unsereuni und #unibrennt. Im Zeitraum von 23. Oktober bis 31. Dezember 2009 haben 8.898 verschiedene Twitter-Accounts mindestens einmal den Hashtag #unibrennt oder #unsereuni verwendet. Insgesamt 95.743 Tweets wiesen mindestens eines der beiden Schlagworte auf. #unibrennt wurde 74.144 getwittert, #unsereuni 47.911 mal. 7.541 Twitter-Accounts (= 84,7 Prozent) haben weniger als zehn mal zum Thema getwittert. Sie produzierten 18.760 Tweets, oder 19,6 Prozent aller Tweets. Dagegen haben 155 Accounts (1,7 Prozent aller Accounts), mindestens 100 mal zum Thema getwittert (42.591 Tweets oder 44,5 Prozent) (Herwig et al. 2010, 216-220).

Gemäß dem Prinzip des Empowerments empfinden die beteiligten Individuen am Ende des Prozesses ein Gefühl, die Macht zu haben, etwas zur Veränderung ihrer Umwelt beitragen zu können. Die Online-Beteiligung trägt hierzu ihren Teil bei (Herwig et al. 2010, 220).

#### 5.3.4 unibrennt als Protest 2.0

Wie das strukturelle Zusammenspiel der Besetzung und ihrer Kommunikationsformen funktionierte, soll im Folgenden erörtert werden. Im Fokus des Vergleichs stehen Parallelen in der Organisationsstruktur der Besetzung und der Funktionsweise der eingesetzten Web 2.0 Tools.

Die BesetzerInnen verstanden sich von Anfang an als eine soziale Bewegung im Sinne eines mobilisierten Netzwerks, die auf eine gewisse Dauer ihre eigene kollektive Identität entwickelte und ihr eigenes Handlungssystem darauf aufbauen. Ziel war es von Beginn an, den sozialen Wandel durch öffentliche Proteste herbeizuführen. (Neidhardt/Rucht 1991, 450). Neben der netzwerkartigen Struktur der Besetzung gibt es eine weitere Parallele, die die Entscheidungsfindung betrifft.

Das Bedürfnis nach Mitbestimmung und Gleichberechtigung spiegelt sich in der Art des Medieneinsatzes der AudimaxistInnen wieder. Dass das Internet sich im Laufe der Besetzung als Hauptdrehscheibe für Informationen und Inhalte und zur Kommunikation in organisatorischen Belangen etablierte, ist kein Zufall. In klassischen Polit-Medien wie Zeitung, Hörfunk und Fernsehen herrscht zwischen SenderInnen und EmpfängerInnen eine Hierarchie: Die EmpfängerInnen erfahren durch agenda setting und gatekeeping ausschließlich vorselektierte Themen und Meinungen. Das Internet hingegen stärkt den politischen Dialog durch potentielle Interaktivität (Filzmaier/Plaikner/Duffek 2007, 296). Die gesenkte Hemmschwelle zur Partizipation, die weit verbreitete Social Networks mit sich bringen, erlaubt es, mit wenig Aufwand an Informationen zu gelangen und, wie beispielsweise im Falle der Besetzungen, ein Projekt zu unterstützen. "In traditionellen Massenmedien kommunizieren im Regelfall eine Person oder

wenige Personen als Informationsanbieter mit einem großen Publikum. Eine wechselseitige und sogar zeitgleiche Kommunikation von großen Gruppen ist nur durch das Internet möglich. (..) Diskussionsforen, Chats und E-Mails offerieren zumindest quantitativ eine neue Dimension der Interaktivität, die in traditionellen Medien lediglich rudimentär vorhanden ist." (ebd.)

Vor allem das Web 2.0, also Internetplattformen wie Facebook, Wikipedia oder YouTube ermöglichen den UserInnen, ihre eigenen Inhalte zu verbreiten und eigenständig eine Webpräsenz zu verwalten. Der Austausch funktioniert auf einer weitgehend gleichberechtigten Basis. Der Gedanke, dass jede Person die Möglichkeit haben sollte, sich in eine Diskussion einzubringen, herrscht vor. Eine Arbeitsweise, die jener der AudimaxistInnen gleicht. Die Interaktivität des Internets zu nutzen verstand die Protestbewegung rund um das Wiener Audimax bis dahin so gut wie keine andere in der Geschichte. So wurde die Möglichkeit, die Veranstaltungen und Plena im Audimax per Videocasting zu verfolgen bis zum 8. Jänner 2010 genau 643.921 mal genützt. Am 1. März 2010 hatte die Audimax-Besetzung 30863 Facebook-Fans².

Dass die Protestwelle von Wien aus fast alle Universitäten Österreichs und hunderte Hochschulen in Europa und auf der ganzen Welt erreichte, ist darauf zurück zu führen, dass das Internet ein Medium ist, das keine regionalen Grenzen kennt. Und auch manche Forderungen, wie jene nach offenem und freiem Bildungszugang hatten internationalen Charakter haben. So fiel es Studierenden anderer Universitäten leicht, sich mit den Inhalten, die sie im Web fanden, im ersten Schritt zu identifizieren, sich im zweiten Schritt online zu solidarisieren und anschließend an eigenen Uni selber eine Bewegung zu starten.

Allerdings äußerten sich innerhalb der Studierendenbewegung auch kritische Stimmen zum offenen Umgang mit dem Internet. Die Sorge, dass die eigene Privatsphäre durch Social Networks unter die Räder geraten könnte, ist mit Sicherheit nicht unbegründet. Durch das Sammeln und Archivieren persönlicher Daten durch große Internetplattformen und den unbedachten Umgang mit Bild- und Videomaterial fürchteten viele Protestierende das Ende ihrer Anonymität und dadurch eine nachträgliche Repression. Für die Linke befindet sich das Web 2.0 in einem Spannungsfeld zwischen dem Anspruch basisdemokratische Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen auf der einen Seite und der Wahrung des Datenschutzes auf der anderen.

Auch außerhalb der audimaxistischen Lebensrealität sieht die Medienwissenschaft Vor- und Nachteile des politischen Einsatzes des Internet. Neben der skeptischen Position, die davon ausgeht, dass zwischen Individuen und der politischen Öffentlichkeit eine soziale Barriere existiert, die die Verfügbarkeit von Information begrenzt, steht die enthusiastische Position, die das Internet als unterstützendes Element für die Öffentlichkeit sieht (vgl. Jarren/Donges 2006, 112-113).

Diese "(...) prognostiziert einen starken und positiven Einfluss des Internets auf die Strukturen von Öffentlichkeit und auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse. Durch das Internet würden die Bürgerinnen und Bürger untereinander mehr kommunizieren können als bisher. (..) Es gebe, so die häufig verwendete Metapher, einen direkten Draht zwischen Bevölkerung und Politik, der auch intensiv genutzt werde. Dadurch würden mehr Menschen als bisher an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsaspekten teilnehmen (..). Durch einen erwarteten Zuwachs der Kommunikationsmöglichkeiten und des politischen Wissens, würden Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt, ihre Anliegen auch qualitativ besser als bisher in den politischen Prozess einzubringen." (Jarren/Donges 2006, 112)

Trotz aller Vor- und Nachteile, trotz Euphorie und Kritik, die Mechanismen und Denkweisen von Protestbewegung und Web 2.0 sind ident: Beide glauben an die Weisheit der Vielen, beide verzichten auf Hierarchien, beide sind offen und regulieren sich selbst. Das Web 2.0, das sogenannte Mitmach-Internet geht Hand in Hand mit dem Mitmach-Protest, dem Protest 2.0.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zum Zeitpunkt der Besetzung lautete der Name einer Person, die sich per Klick einer Facebook-Page zugehörig fühlt noch "Fan". Mittlerweile ist Facebook von diesem Wording abgekommen. Pages können nur noch geliket werden, der Begriff Fan existiert in der Facebook-Welt nicht mehr.

## 5.4 Ableitungen aus der unibrennt-Bewegung

Der Einsatz sozialer Medien und digitaler Partizipationsmöglichkeiten in der unibrennt-Bewegung hat gezeigt, dass die Mobilisierung einer großen Gruppe an SympathisantInnen schneller, breiter und effektiver möglich ist als früher. Online-Tools zu verwenden allein reicht aber noch nicht, um ein Momentum auslösen zu können. Ein umfassend gültiges Erfolgsrezept gibt es nicht, aber aus den Erfahrungen der Audimax-Proteste können Thesen abgeleitet werden, die im Kontext der Bewegung mit großer Wahrscheinlichkeit zum Mobilisierungserfolg beigetragen haben.

Ein Phänomen, das sich sowohl in der Theorie, als auch in der Praxis als richtig erweist, ist der Vorteil des Internets, im speziellen der sozialen Medien, im Bezug auf die Möglichkeit als Interessengruppe mit scheinbaren Randthemen gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Traditionelle Machstrukturen werden durch den Einsatz von neuen Medien aufgebrochen und schaffen es so dennoch in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. (vgl. Feick 2007)

Ein Erfolgskriterium der Internetkommunikation der AudimaxistInnen war ihr Wissen um die Lebensrealität der Studierenden, nicht zuletzt, weil die aktiven BesetzerInnen selber zu dieser Gruppe gehörten. Bei einem jungen Zielpublikum kann davon ausgegangen werden, dass eine hohe Affinität zum Internet besteht. Der virtuelle Part des Lebens ist vor allem bei digital natives mittlerweile zur Lebensrealität geworden. Eine Tatsache, die akzeptiert werden muss. Online-Aktivität gering zu schätzen wäre ein Nicht-Akzeptieren einer ganzen Jugendkultur. Aktivitätsmöglichkeiten wurden somit dort gesetzt, wo sich die Zielgruppe ohnehin aufhielt.

Wer in sozialen Medien kommuniziert, muss authentisch und ehrlich sein. Lügen, Propaganda und billige Werbung werden von der Community sofort enttarnt. Das System reguliert sich durch die UserInnen selbst. Wer Teil der Gruppe sein will, muss sich ihr öffnen. Nach diesen Ideen handelten AktivistInnen bewusst oder unbewusst. Die abgeflachten Hierarchien gingen Hand in Hand mit einer Many-to-many-Kommunikation, die auf Augenhöhe passierte. Respektvoller Umgang mit anderen UserInnen, das Einhalten der Nettiquette und eine faire Diskussionskultur machten die unibrennt-Bewegung zu einem attraktiven und sympathischen Angebot – auch für Studierende, die bis dahin nicht in Berührung mit hochschulpolitischen Aktionen kamen.

Dass die Meinung der UserInnen gleichzeitig der digitale Content der Bewegung war, wussten die internet-affinen BesetzerInnen. Das Web 2.0 lebt von der Meinung und Bewertungen der UserInnen. Diese stehen im Mittelpunkt des Systems. Möglichkeiten zur Artikulation zu bieten ist Strukturerhaltung und somit unbedingt notwendig.

Nie zuvor war die Möglichkeit über Geschehnisse zu berichten so vielfältig und einfach wie heute: Text, Bild und Ton lassen sich (auch in kombinierter Form) einbinden und ermöglichen Wahrnehmung auf vielsinnige Art. Durch die crossmediale und digitale Kommunikationsweise der AktivistInnen lieferten sie nicht nur live Einblicke in ihre Tätigkeiten, sondern ermöglichten es auch, noch in vielen Jahren auf die Besetzung zurückblicken zu können.

Der richtige Umgang mit neuen Medien kann die Qualität des politischen Protests massiv verbessern und Mobilisierungspotentiale besser ausschöpfen. Durch vernetzte Systeme im Bereich der neuen Medien kann sich eine "Army of Davids" im Kampf gegen Goliath formieren, organisieren und vielleicht sogar behaupten.

\_

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Mit der Metapher der "Army of Davids", die gemeinsam im Kampf gegen den übermächtig scheinenden Goliath eine Chance auf den Sieg hat, arbeitet auch US-Kampagnenmanager Joe Trippi. Er leitete die Wahlkampagne des Vermonter Gouverneurs Howard Dean im Jahr 2004 in den Primaries der Demokraten zur Präsidentschaftswahl. Trippi wurde für seine innovativen Online-Kampagnenstrategien und den Einsatz von Grassrouts-Elementen im Wahlkampf bekannt. (vgl. Trippi 2008)

### 6 Bibliographie

**Bieber**, Christoph: Christoph Meißelbach: Web 2.0 – Demokratie 3.0?. Einzelrezension, 17.08.2010, in: rezensionen:kommunikation:medien, http://www.rkm-journal.de/archives/2395, 28.02.2011.

**Buchstein**, Hubertus: Anthony Downs, in: Massing, Peter/Breit, Gotthard (Hg.): Demokratie-Theorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationen. Bonn 2005, S. 233-241. **derstandard.at**, 10.02.2005: "Regierung bitte warten". http://derstandard.at/1864604, 28.02.2011.

**Downs**, Anthony: Ökonomische Theorie der Demokratie. Thübingen 1968.

Döring, Nicola: Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für

Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen. Göttingen 2003.

**Filzmaier**, Peter/Plasser, Fritz: Politik auf amerikanisch. Wahlen und politischer Wettbewerb in den USA. Wien 2005.

**Feick**, Jürgen: Demokratische Partizipation im Zeitalter des Internets, in: Dolata, Ulrich/Werle, Raymund (Hg.): Gesellschaft und die Macht der Technik. Sozioökonomischer und institutioneller Wandel durch Technisierung. Frankfurt/New York 2007.

**Fleischhacker**, Michael: Logik statt Twitter. Leitartikel, in: Die Presse, 24.10.2009. Oder: Die Presse Online, http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/fleischhacker/517176/Logik-statt-Twitter, 28.02.2011.

**Fraenkel**, Ernst: Deutschland und die westlichen Demokratien. 3. veränderte Auflage. Stuttgart 1968.

Fuchs, Dieter: Modelle der Demokratie: Partizipatorische, Liberale und Elektronische

Demokratie, in: Kaiser, André/Zittel, Thomas (Hg.): Demokratietheorie und

Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg. Wiesbaden 2004.

Fuchs, Lisa/Kolar, Florian: Protest 2.0, in: Karl, Beatrix./Mantl, Wolfgang/Piza,

Hildegunde/Poier, Klaus/Prisching, Manfred/Schilcher, Bernd (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2009. Graz 2010, S. 189-192.

**Garrett**, R. Kelly: Protest in an Information Society: a review of literature on social movements and new ICTs, in: Information, Communication & Society, Nr. 9, 2/2006, S. 202-224.

**Grunwald**, Armin/ Banse, Gerhard/Coenen, Christopher/Hennen, Leonhard: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin 2006.

**Hamm**, Marion: Proteste im hybriden Kommunikationsraum. Zur Mediennutzung sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Nr. 19, 2/2006, S. 77-90.

**Heissenberger**, Stefan/Mark, Viola/Schramm, Susanne/Sniesko, Peter/Süß, Rahel Sophia (Hg.): Uni brennt. Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches. Wien/Berlin 2010.

Herwig, Jana/Kossatz, Max/Mark, Viola: #unibrennt mit Internet: Beobachtungen zu einer sich ändernden Protestqualität, in: Heissenberger, Stefan/Mark, Viola/Schramm, Susanne/Sniesko, Peter/Süß, Rahel Sophia (Hg.): Uni brennt. Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches. Wien/Berlin 2010, S. 210-221.

Maier, Barbara/Arnim-Ellissen, Jakob: Die Organisationsstruktur der Audimax-Besetzung: Angewandte Basisdemokratie – Zwischen Organisation und Selbstverantwortung, in: Heissenberger, Stefan/Mark, Viola/Schramm, Susanne/Sniesko, Peter/Süß, Rahel Sophia (Hg.): Uni brennt. Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches. Wien/Berlin 2010, S. 194-199. Meißelbach, Christoph: Web 2.0 - Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets. Baden-Baden 2009.

**Neidhardt**, Friedhelm/Rucht, Dieter: The Analysis of Social Movements – The State of the Art and some Perpectives of further Research, in: Rucht, Dieter (Hg.): Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA. Frankfurt 1991.

**ORF Medienforschung**: Austrian Internet Monitor (AIM) – 1. Quartal 2010. http://mediaresearch.orf.at/index2.htm?internet/internet aim.htm, 28.02.2011.

**Rappaport**, Julian: Studies in empowerment. Introduction to the issue, in: Rappaport, Julian/Swift, Carolyn/Hess, Robert (Hg.): Studies in empowerment: Steps toward understanding and action. New York 1984.

**Saage**, Richard: Demokratietheorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung. Wiesbaden 2005.

**Sahner**, Heinz: Vereine und Verbände in der modernen Gesellschaft, in: Best, Heinrich (Hg.): Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation. Bonn 1993.

**Schmidt**, Manfred: Demokratietheorien. Eine Einführung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen 2000.

**Schreyer**, Bernhard/Schwarzmeier, Manfred: Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der politischen Systeme. Eine studienorientierte Einführung. Wiesbaden 2000.

**Schumpeter**, Joseph: Kapitalismus, Kommunismus und Demokratie. 2. erweiterte Auflage. Bern 1950.

**Siedschlag**, Alexander: Politische Annäherung an die digitale Demokratie, in: Rogg, Arne (Hg.): Wie das Internet die Politik verändert. Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen. Opladen 2003.

**Stürmer**, Stefan/Simon, Bernd: Pathways to Collective Protest: Calculation, Identification, or Emotion? A Critical Analysis of the Role of Group-Based Anger in Social Movement Participation, in: Journal of Social Issues, Nr. 65, 4/2009, S. 681-705.

**Trippi**, Joe: The revolution will not ne televised. Democracy, the internet, and the overthrow of everything. New York 2008.

**Van Dijk**, Jan: Models of Democracy and Concepts of Communication, in: Hacker, Kenneth/Van Dijk, Jan (Hg.): Digital Democracy. Issues of Theory & Practice. London 2000, S. 30-54.

**Waschkuhn**, Arno: Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge. München 1998.

**Zittel**, Thomas: Vernetzte politische Kommunikation: Elektronische Demokratie als amerikanischer Sonderweg, in: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2003.